

18. IX. 1917

175

## Finanzpolitische Ausblicke.

Von Professor Dr. Franz Sommereger, Klagenfurt.

Das k. k. Finanzministerium gehörte einstens zu den begehrtesten Posten. Das war in der „guten alten Zeit“, die kalendermäßig mit dem Beginn des August 1914 zu Ende ging. Heute ist es ein Sorgenstuhl und jeder rechtschaffene Inhaber, und das kann nur ein „Mittler ohne Furcht und Tadel“ sein, soll seine sämtlichen Auszeichnungen „am Bande der Tapferkeitsmedaille“ tragen dürfen, denn ein Blick durchs Scherenfernrohr in die finanzielle Zukunft zeigt ihm wogendes Meer von Schulden und Steuern. Er mag rechnen, wie er will, es kommt ihm keine andere Erleichterung, als die Weisung an die Steuermühlen, den Geldbeutel des k. k. Steuerträgers nicht mehr auf 15 bis 20 Prozent seines Einkommens, sondern auf etwa 30 bis 40 Prozent auszumahlen. Einige Sorge macht ihm freilich der daneben angebrachte Barometer der Gefühle des Steuerträgers, stand er bisher schon auf „unwillig“ und „wütend“, er sieht ihn in Geiste emporsteigen bis zur Stala „Fuchsteufelswilde“. Wie oft wurde doch diesem reizbaren Wesen, genannt „Steuerträger“, in den seligen, billigen Friedenszeiten der Nachweis erbracht, daß er von der Steuerlast erbrüht und von den Staatsschulden aufgegriffen werde. Was so manchem aber immer wieder den Mut zum Leben gab, war das süße Staatsbürgergefühl, den Fiskus bei seinen „Einbekenntnissen“ nach Kräften betragen zu haben. So taten es Große mit ihren Vorspiegelungen falscher Tatsachen, genannt Bilanzen, so taten es Kleine. Nach herrscht ja die selige Zeit des Nehmens und die Kunst des Finanzministers heißt Schuldenmachen, bald aber werden Jahre kommen, die uns allsamt nicht gefallen werden, denn dann wird heißen: Zahlen.

Versuchen wir es, andeutungsweise eine finanzielle und wirtschaftliche Kriegsbilanz Oesterreichs aufzustellen und gewöhnen wir uns, den Dingen herzhast ins Antlitz zu sehen. Die Zeiten, in denen eine schrankenlose Zensur, deren Wirken schon der alte Christian Fürchtegott Vellert vorahnend vor Augen gehabt haben machte, als er sang:

„Doch über der Vernunft erhöht,  
Nuringt von heiligen Finsternissen,“

alles Unbehagliche mit einem Schleier verhängte, sind gottlob vorbei.

Ueber den Stand unserer Kriegsschuldung sind wir nicht genügend unterrichtet, aber zu annähernd stimmenden Ziffern können wir schon kommen. Ich bemerke, daß in verschiedenen Fachblättern und großen Zeitungen die Schätzungen oft weit auseinander gehen. Wenn der Staat dann einmal einen Zipfel des Geheimnisses lüftet, sieht man meist mit Schrecken, daß zu niedrig gerechnet worden ist.

Bis 30. Juni 1916 betrug nach amtlichem Ausweise der Stand der Kriegsschuldung 24.6 Milliarden, das ergibt mehr als 1 Milliarde Kriegskosten für die ersten 28 Kriegsmomente. Seitdem sind die Kosten beträchtlich gewachsen. Da wir dank des Friedenswillens des großen Pazifisten Wilson und der herrlichen westlichen „Demokratien“ gut tun werden, noch mit einer längeren Kriegsdauer zu rechnen, so müssen wir uns fleißig im Abzählen üben. Nehmen wir einmal das Ende des Jahres 1917 als Kriegsende und versuchen wir es, annäherungsweise den Stand der Kriegsschuldung mit 31. Dezember 1917 festzustellen.

Ende 1916 betrug die gesamte Staatsschuld laut Ausweis 44.28 Milliarden, abzüglich der Staatsschuld

vor dem Kriege, 11.6 Milliarden, bleiben also 32.6 Milliarden Schuldzuwachs im Kriege. Wenn wir für 1917 pro Monat nur 1.5 Milliarden Kosten ansetzen, so kommen wir bis Ende 1917 auf eine Kriegsschuldung von 50 Milliarden. Dazu kommen die 11.6 Milliarden der alten Staatsschuld, die Kosten der monatelangen Abrüstung, der Wiederaufbau der zerstörten Grenzländer, die Wiederinstandsetzung des Heeresbedarfes, der Eisenbahnen, der Schifffahrt, die Bildung von Fonds für die Bestreitung der bleibenden sozialen Kriegslasten usw., so daß wir mit einer Gesamtstaatschuld von etwa 70 Milliarden schaudernd rechnen dürfen. Wenn der Staat dann noch an die Einführung neuer Monopole denkt, so wären noch einige Milliarden an Investitions- und Ablösungskosten dazuzuschlagen.

Dringlicher ist die Frage der Verzinsung, die Finanzierung des Zinsendienstes, denn das ist das unmittelbar Belastende. Was die alte Staatsschuld und deren Zinsenerfordernis anlangt, waren 5.8 Milliarden durch den Wert der Eisenbahnen gedeckt, immerhin mußte der Staat 1913 für die Verzinsung der Eisenbahnschuld noch 50.8 Millionen zuschießen. Insgesamt betrug die aus Steuern und Abgaben aufzubringende Zinsenlast 1913 rund 270 Millionen.

Die Verzinsung der bisherigen sechs Kriegsanleihen erfordert mindestens 1250 Millionen. Nehmen wir an, daß die in Kürze kommende 7. Anleihe denselben Ertrag liefert wie die 6. und daß sie unter denselben Bedingungen begeben wird, so bekommen wir für sieben Kriegsanleihen ein Zinsenerfordernis von 1.5 Milliarden.

Da unsere Kriegskosten, soviel ersichtlich, nur knapp über 50 Prozent durch Kriegsanleihen gedeckt sind, muß der Staat anderweitig, bei der Notenbank, den Bankkonfessionen in Oesterreich und teilweise in Deutschland (Valutadarlehen) Geld aufnehmen. Die Höhe dieser Verpflichtungen können wir nur mit ahnendem Gemüte erfassen. Bis Ende Juni 1916 machte das Zinsenerfordernis für diese 11 Milliarden Bankschulden 280 Millionen aus, seitdem ist es zweifellos um ein Mehrfaches gestiegen. Zugüglich der aus Staatsgelbern aufzubringenden 270 Millionen Zinsendienst für die Staatsschuld vor dem Kriege, eingerechnet die 1.5 Milliarden Zinsen für sieben Kriegsanleihen, werden wir nicht zu hoch greifen, wenn wir für den 31. Dezember 1917 unseren Zinsendienst mit 2.5 Milliarden Kronen veranschlagen, wovon  $2\frac{1}{4}$  Milliarden als neue Belastung der Steuerträger einzusehen sind.

Das ist natürlich noch nicht alles. Es läßt sich noch gar nicht abschätzen, wie hoch sich die sozialen Lasten des Krieges, all die Renten, Pensionen usw. belaufen werden, mit einigen hundert Millionen müssen wir rechnen. Die Erhöhung aller Beamten- und Staatsangestelltengehälter, die unausbleiblich ist, wird nicht minderen Neuaufwand ergeben. Der Staat wird ferner viele durch den Krieg zusammengebrochene Wirtschaftszweige wieder aufrichten helfen müssen. Er wird ferner den Wust von schwebenden kurzfristigen Schulden, soweit sie nicht durch eine Vermögensabgabe beseitigt werden können, in langfristige, konsolidierte Schulden umwandeln müssen, was wiederum ein höheres Zinsenerfordernis verlangt.

Das alles wird unserem Staatshaushalt ein ganz neues Gesicht geben. Gatten wir vor dem Kriege ein Budget von  $3\frac{1}{4}$  Milliarden, werden wir nach  $3\frac{1}{2}$ -jähriger Kriegsdauer ein solches von mehr als 6 Milliarden haben. Müßten 1913, nach Abrechnung des Budgets der Staatsbetriebe, die sich im ganzen selbst erhalten, aus Steuern und Abgaben und